



KONJUNKTUR

Schröder ist Kanzler des **Abschwungs**

Mit einem eigenen Programm reagiert die Parteivorsitzende, Angela Merkel, auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

„Das Sofortprogramm der CDU zur Rettung der Konjunktur“, das vom Bun-

desvorstand der CDU Deutschlands unterstützt wird, besteht in einem umfassenden Konzept wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Bei der Vorstellung ihres Programms machte Angela Merkel die Notwendig-

Fortsetzung auf Seite 4

INHALT

KONJUNKTUR:

CDU-Parteivorsitzende
Angela Merkel stellt
10-Punkte-Sofortprogramm
vor
SEITE 4

THEMA PDS/SPD:

Vergangenheit, Gegenwart
und Zukunft der
SED-Nachfolgepartei
SEITE 10 – 13

■ Leitlinien zur Inneren Sicherheit: Politik zum Schutz des Bürgers (Seite 2–3) ■ Angela Merkel: 10-Punkte-Sofortprogramm zur Konjunktur (Seite 4) ■ Bundesvorstand: Beschluss zur Konjunktur (Seite 4) ■ Wirtschaft: CDU gewinnt Kompetenz (Seite 5) ■ Flugblatt Konjunktur (Seite 6) ■ Betriebsverfassungsgesetz: Ein falsches Gesetz zur falschen Zeit (Seite 7) ■ Betriebsverfassungsgesetz: Stimmen aus der Wirtschaft (Seite 8) ■ Themenbriefing: Daten und Fakten zur PDS (Seite 9–13) ■ Aus der Fraktion: Beirat „Bio- und Gentechnologie“ berufen (Seite 14–15) ■ Kurt-Dieter Grill: Atomgesetznovelle – eine Bewertung (Seite 16–17) ■ Angela Merkel/Bernd Neumann: Der deutsche Film hat eine Chance (Seite 18) ■ Medienpolitik: Filmpolitische Positionen der CDU Deutschlands (Seite 19) ■ Angela Merkel: Gedenktag für Vertriebene (Seite 19)

Politik zum **Schutz** des Bürgers

„Die konsequente Kriminalitätsbekämpfung bleibt Markenzeichen christdemokratischer Innenpolitik“, erklärte CDU-Generalsekretär **Laurenz Meyer** anlässlich der **Vorstellung der „Leitlinien zur inneren Sicherheit“ in Berlin.**

Das von der Präsidiums-kommission „Innere Sicherheit“ unter Vorsitz von Jörg Schönbohm entworfene Konzept war im Bundesvorstand beschlossen worden und wird jetzt zur Diskussion in die Partei gegeben.

Generalsekretär Laurenz Meyer kündigte an, dass sich die CDU mit diesem Thema außerdem auf ihrem sicherheitspolitischen Kongress am 3. September in Hamburg befassen werde. Er betonte, die „Leitlinien zur Inneren Sicherheit“ seien ein „wichtiger Baustein“ in dem von Angela Merkel vorangetriebenen Erneuerungsprozess der Partei.

Voraussetzung für demokratischen Rechtsstaat

Gerade der Schutz des Bürgers vor Übergriffen sei eine wesentliche Bedingung für die freie Entfaltung der Menschen und „Voraussetzung für das Funktionieren des demokratischen Rechtsstaats“. Die hohe Kriminalitätsrate in Deutschland könne jedoch die CDU „nicht ruhig lassen“, sagte Meyer. Denn die zunehmende Gewaltbereitschaft gefährde die Freiheit des Einzelnen.

In ihrem Papier zu Inneren Sicherheit und dem ergänzenden umfassenden Forderungskatalog mit Umsetzungsmaßnahmen verlangt die CDU unter anderem eine strikte Bekämpfung aller Formen der Kriminalität, Verschärfungen im Bereich des Kinder- und

IMPRESSUM



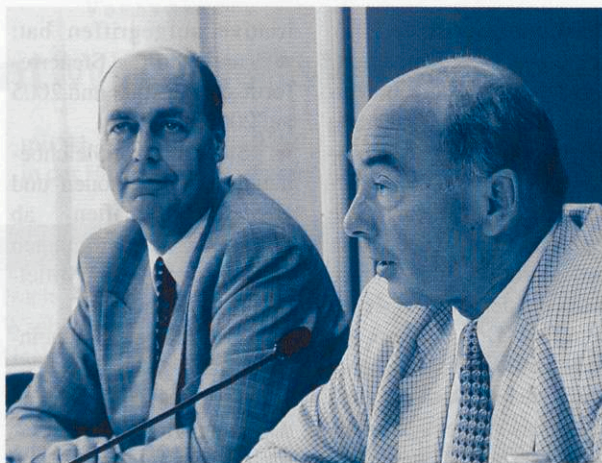
UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsteilung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Jugendstrafrechts, mehr Videoüberwachung, eine konsequente Nutzung des genetischen Fingerabdrucks und die Abschiebung von straffällig gewordenen Ausländern. „Uns geht es darum, einen starken, handlungsfähigen Staat zu haben“, sagte der Vorsitzende der CDU-Kommission „Innere Sicherheit“, Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm.

Deshalb spreche sich die CDU in ihren Leitlinien auch für eine schärfere Bekämpfung der Kinder-, Jugend- sowie der Alltagskriminalität aus. Vandalismus, Schmierereien, Belästigung durch aggressives Betteln und die Verwahrlosung öffentlicher Plätze dürften nicht hingelassen werden, denn sie seien die „Keimzellen“ der Kriminalität“, sagte Jörg Schönbohm.

Großstadtvergleich

Anhand der Vergleichszahlen der Verbrechenstatistik auf Länderebene lasse sich nachweisen, dass eine gute Innenpolitik auch positive Auswirkungen im Bereich der Inneren Sicherheit habe. Das zeige besonders deutlich ein direkter Vergleich der Großstädte



Hamburg und München: So habe die Hansestadt 349 Raubdelikte pro 100.000 Einwohner im Jahr 2000 registriert, fünf Mal mehr als München. Beim Straßenraub liege die Zahl sogar zehn Mal höher als in der bayerischen Metropole. „Damit ist Hamburg trauriger Spitzenreiter in der Kriminalitätsstatistik“, unterstrich CDU-Generalsekretär Meyer.

Wahlkampfthema

Er kündigte an, das Thema „Innere Sicherheit“ verstärkt in den bevorstehenden Landtagswahlen aufzugreifen. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm forderte einen „starken handlungsfähigen Staat im Be-

reich der Inneren Sicherheit“. In diesem Zusammenhang sprach er sich dafür aus, Graffitis nicht als „Bagatelldelikte“ abzutun. „Straftat bleibt Straftat“, sagte Schönbohm. Deshalb müsse die Polizei auch Möglichkeiten haben, dagegen vorzugehen. Eine entsprechende Bundesrats-Initiative, die unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen auf den Weg gebracht worden sei, habe der neue rot-grüne Senat inzwischen gestoppt.

<http://>

Weitere Informationen zu diesem Thema sowie den Forderungskatalog im vollen Wortlaut finden Sie unter www.cdu.de und im CDU-Infonet.

Fortsetzung von Seite 1

keit einer sofortigen Umsetzung von Maßnahmen deutlich. Dank der Regierung Schröder sei die Inflationsrate mit 3,5% auf einem Rekordniveau. Insbesondere die Familien, Rentner und Bezieher niedriger Einkommen seien von der Preissteigerung betroffen. Das Bild am Arbeitsmarkt sei erschreckend: statt mehr Beschäftigung steige saisonbereinigt die Arbeitslosenzahl. Unterdessen belege Deutschland Platz 10 der EU-Arbeitslosenstatistik. Insbesondere die Vielzahl bürokratischer Einzelregelungen, die von der Regierung veranlasst wurden, hätten in ihrer Gesamtwirkung den Arbeitsmarkt beeinträchtigt, kritisierte die Parteivorsitzende. Der Mittelstand sei durch bürokratische Maßnahmen von Rot-Grün und durch die Steuerreform stark benachteiligt. „Deshalb fordern wir die Regierung auf, innerhalb der nächsten drei Monate – ohne Rücksicht auf die Sommerpause – ein Sofortprogramm zu realisieren“, sagte Angela Merkel. Unabhängig von mittelfristigen CDU-Vorstellungen, z. B. zu einer grundlegenden Steuerreform, fordert die Parteivorsitzende von der Regierung folgende Sofortmaßnahmen, die die CDU/CSU-Fraktion in einer In-

itiative aufgegriffen hat:

- Vorziehen der Steuerreformschritte 2003 und 2005 auf 2002
- Steuerliche Gleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften ab 2002 um Benachteiligungen insbesondere des Mittelstandes aufzuheben
- Abschaffung des Scheinselbstständigkeitsgesetzes
- Sofortiges Zurückziehen des jetzt vorliegenden Betriebsverfassungsgesetzes. Stattdessen Überarbeitung mit dem Ziel, durch betriebsnahe Lösungen mehr Flexibilität in den Betrieben zu erreichen
- Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; Sanktionen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit bzw. Qualifizierungsmaßnahmen
- Einführung eines Kombi-Lohn-Modells (Kopplung von

staatlichen Transfers an niedrige Einkommen) für 2 Jahre

- Ausweitung flexibler Beschäftigungsverhältnisse:
 - ▶ durch Verlängerung der Möglichkeit zur Zeitarbeit von 1 auf 3 Jahre
 - ▶ durch Zulassung befristeter Arbeitsverhältnisse für ältere Arbeitnehmer ohne Einschränkung
 - ▶ durch Wiedereinführung von Möglichkeiten zur geringfügigen Beschäftigung
- Einführung von Wahlmöglichkeiten zwischen Kündigungsschutz und Abfindungsregelung insbesondere für ältere Arbeitnehmer
- Abschaffung der Ökosteuer – im ersten Schritt keine weiteren Erhöhungen.
- Rückgängig machen der durch neuerliche Wettbewerbsbeschränkungen entstandene Verteuerung im Energiesektor

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands ist zutiefst besorgt über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Deutschland ist Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa. Gerhard Schröder ist Kanzler des Abschwungs und der Inflation.

Der CDU-Bundesvorstand begrüßt und unterstützt die Initiative „Sofortprogramm der CDU zur Rettung der Konjunktur“ der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel.

Der CDU-Bundesvorstand bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, eine entsprechende Initiative im Bundestag einzubringen.

VORSPRUNG:

CDU gewinnt Wirtschaftskompetenz

Die Mehrheit der Bevölkerung traut der Union mehr als der SPD wirtschaftspolitische Kompetenz zu.

Die Arbeit der CDU wird im Juni in fünf Politikfeldern besser als die der SPD eingeschätzt. Die deutlichste Wende gab es in der Wirtschaftspolitik. Derzeit halten 44 Prozent die CDU/CSU, nur 26 Prozent die SPD für wirtschaftskompetenter. In der Ausländerpolitik führt die Union nun mit 31 zu 27 Prozent, bei den Renten mit 26 zu 22, bei der Inneren Sicherheit

mit 41 zu 30 Prozent. Und in der Europapolitik finden

PROGNOSE

Nach den Korrekturen der Wachstumsprognosen durch das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv und das Kieler Weltwirtschaftsinstitut hat nun auch das Münchener Ifo-Institut seine Wachstumsprognosen auf 1,2 % nach unten korrigiert. Ifo-Präsident, Hans-Werner Sinn: „Die deutsche Konjunktur hat den Tiefpunkt noch nicht erreicht!“

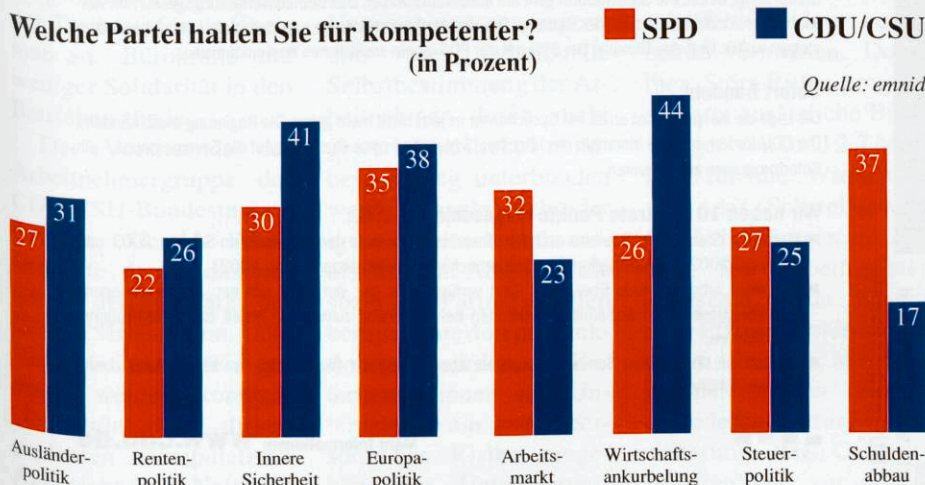
(Quelle: Agentur Reuters)

gegenwärtig 38 Prozent die Arbeit der Union, 35 Pro-

zent die der SPD besser. Bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit sowie der Steuerpolitik konnte sich die Union um jeweils 14 Prozentpunkte verbessern, beim Schuldenabbau sind es sieben Punkte plus.

Dies ist das Ergebnis der Juni-Erhebung des Meinungsforschungsinstituts emnid im Auftrag des Fernsehsenders n-tv. Noch in den Herbstumfragen 2000 lag die SPD im Kompetenz Eindruck der Wähler in neun der zehn wichtigsten Politikfelder weit vor der Union.

Welche Partei halten Sie für kompetenter?
(in Prozent)



Juni 2001

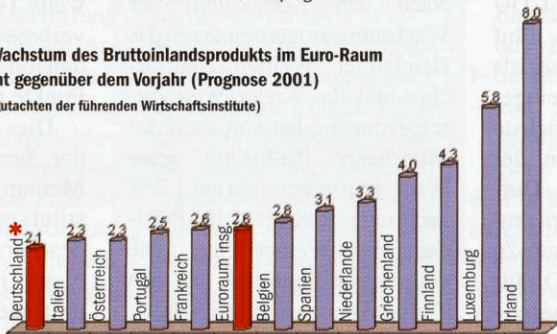
Sofortprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Die Konjunktur in Deutschland ist in Gefahr. Die aktuellen Zahlen sprechen für sich:

- Die Inflationsrate ist mit 3,5% auf einem Rekordniveau. Vor allem Lebensmittel und Energie werden immer teurer.
- Bei der Arbeitslosigkeit ist Deutschland 2000 im EU-Vergleich weiter abgesackt - von Platz 9 auf Platz 10.
- Deutschland hat die schlechteste Wachstumsprognose aller Staaten im Euro-Raum für 2001.

Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Euro-Raum in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Prognose 2001)

(Frühjahrgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute)



- * Mit nur noch 1,2% Wachstum rechnet das Ifo-Institut (26. Juni 2001). Bundeswirtschaftsminister Müller spricht sogar schon von „Null-Wachstum“.

Gerhard Schröder: Kanzler des Abschwungs.

Die Regierung hat aus der guten Ausgangslage im letzten Jahr nichts gemacht. Im Gegenteil: Die Öko-Steuer steigt weiter. Die Steuerreform geht am Mittelstand vorbei. Das Betriebsverfassungsgesetz hilft leicht Funktionären, belastet aber Betriebe. Die Krankenkassenbeiträge und damit die Lohnnebenkosten steigen weiter. Und das Bündnis der SPD mit der PDS ist ein zusätzliches Konjunkturrisiko.

Sofort handeln.

Die Lage der Konjunktur ist ernst. Mit Sprüchen ist es jetzt nicht mehr getan. Die Regierung muss handeln. Die CDU fordert deshalb innerhalb der nächsten 3 Monate - ohne Rücksicht auf die Sommerpause - ein Sofortprogramm zu realisieren.

Wir haben 10 konkrete Punkte vorgeschlagen, z. B.:

- Niedrigere Steuern für Betriebe und Arbeitnehmer: Vorziehen der Steuerreform-Schritte 2003 und 2005 auf 2002 und Abschaffung der Steuernachteile des Mittelstandes ab 2002.
- Wer mehr arbeitet, muss über mehr Geld verfügen, als der, der nicht arbeitet: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Sanktionen bei Ablehnung zumutbarer Arbeit bzw. Qualifikationsmaßnahmen.
- Schluss mit ungerechten Sonderbelastungen: Abschaffung der Öko-Steuer - im ersten Schritt keine weiteren Erhöhungen.



Mehr Informationen: www.cdu.de

Ein falsches Gesetz zur falschen Zeit

„Einen Rosenstrauß für den Deutschen Gewerkschaftsbund gebunden, einen Dornenbusch für den Mittelstand.“

So lautet die ernüchternde Erkenntnis von Unionspolitikern über das mit den Stimmen der rot-grünen Regierung verabschiedete Gesetz zur Reform der Betriebsverfassung. Unionspolitiker sind sich einig, dass die Novelle nicht den Anforderungen für eine moderne Betriebsverfassung zur Sicherung einer partnerschaftlichen Kooperation entspreche und dass die rot-grüne Bundesregierung mit diesem Gesetz einen Treibsatz für ein Übermaß an Bürokratie und weniger Solidarität in den Betrieben zünde.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerald Weiß, erinnerte daran, dass nur durch den Einsatz der CDU/CSU-Fraktion die Minderheitenrechte gewahrt werden konnten. „Rot-Grün hat diesen geplanten manipulativen Akt nicht aus Neigung, nicht aus Einsicht, sondern



G. Weiß

nur aufgrund des Drucks, vor allem von Außen aus dem Gesetzentwurf genommen.“ Seine Fraktionskollegin Dorothea Störr-Ritter gab zu Bedenken, dass durch dieses Gesetz die Freiheit der im Wettbewerb stehenden Unternehmen ausgesperrt und die individuelle Selbstbestimmung der Arbeitnehmer durch mehr gewerkschaftliche Fremdbestimmung unterbunden werde. Kanzler Schröder ignoriere durch Unkenntnis oder mit Absicht, dass soziale Partnerschaften bereits heute dort gut funktionieren würden, wo Unternehmerinnen und Unternehmer ein hohes persönliches Risiko eingehen, wo Unternehmerinnen und Unternehmer



D. Störr-Ritter

eine direkte persönliche Verantwortung für Mitarbeiter, Kunden, Geldgeber und die eigenen Familie tragen würden. Außerdem würden unalkulierbare zusätzliche Kosten entstehen, die keine neuen Arbeitsplätze schaffen, sondern bestehende vernichten. Dorothea Störr-Ritter prognostizierte zusätzliche Belastungen von rund 2,7 Mrd. DM für die Wirtschaft, weil der Schwellenwert für Freistellungen auf 200 bzw. 500 Arbeitnehmer abgesenkt werde. Kosten und Effizienz ständen in einem krassen Missverhältnis. Dieses Gesetz diene lediglich zur Macht-sicherung der Gewerkschaften und zur politischen Instrumentalisie-

rung der Betriebe, warf Dorothea Störr-Ritter der rot-grünen Bundersregierung vor.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Gerald Weiß, wies darauf hin, dass

die soziale Partnerschaft eine Erfindung der Union sei: „Und dazu gehören gute, starke Betriebsräte!“ Notwendig seien mehr Betriebsräte, auch in der New Economy, aber das be-

dinge auch mehr Spielräume und mehr Flexibilität – der Regierungsentwurf zur Mitbestimmung sei aber nur halbherzig, halbgar und mäßig bis schlecht, schloss Weiß.

WAS SAGT DIE WIRTSCHAFT?

Klaus Steilmann (Modeproduzent): „*Ich bin überzeugt, dass die Auswirkungen der Novelle nicht genug durchdacht wurden. Für unser Unternehmen führt die Novelle zu Kostenbelastungen und schwierigen Entscheidungsprozessen.*“

Erich Sixt (Autovermietung Sixt) bezeichnete die Novelle als „*eindeutig mittelstandsfeindlich*“. Schon die Steuerreform habe dem Mittelstand, der ohnehin „*unter einer wahren Verordnungsflut und Überbürokratisierung durch Berlin und Brüssel*“ leide, keine Entlastung, sondern „*deutliche Mehrbelastungen*“ gebracht.

Jan B. Berentzen (Spirituosenfirma Berentzen) bezeichnete die Novelle als „*einen Beitrag, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich weiter zu schwächen*“. Die

Neuregelung führe zu noch mehr Bürokratie und höheren Kosten, statt durch mehr Flexibilisierung Impulse für den Arbeitsmarkt zu setzen. „*Ein unzeitgemäßer Vorschlag der Bundesregierung, über den man im Ausland nur kopfschüttelnd schmunzelt und der in dieser Form schleunigst wieder vom Tisch sollte.*“

Peter Dussmann (Multi-dienstleister) kritisierte, „*die Novelle schaffe Regulierungen, wo Flexibilität gebraucht werde. In Zeiten härter werdenden Wettbewerbs und abflauender Konjunktur seien diese Belastungen insbesondere für den Mittelstand nicht tragbar.*“

(Quelle: Umfrage der „Berliner Zeitung“, 22. Juni 2001)

Zentralverband Deutsches Handwerk: „*Mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz geht die*

Regierung den falschen Weg. Die Einführung von großbetrieblich orientierten Mitbestimmungsmustern in mittelständischer Unternehmen ist unsinnig. Es ist der untaugliche Versuch, überholte Strukturen eines vergangenen Industriealters wieder zu beleben....“

(Quelle: www.zdh.de)

Arbeitgeberpräsident **Dieter Hundt** sagte in einem Interview mit InfoRadio Berlin Brandenburg, dass es falsch sei in einer Zeit der Globalisierung weltweiten Vernetzung, zusätzliche Regelungen zu schaffen und für noch mehr Bürokratie zu sorgen. Das Betriebsverfassungsgesetz treibe die Kosten für die Unternehmen unnötig in die Höhe und sei mittelstandsfeindlich. Vor allem aus- aber auch inländische Unternehmer würden vor neuen Investitionen zurückgeschreckt. (Quelle: dpa)

PDS / SPD:

Schröders Bündnis „Neue Mitte“

I. Warum ist die PDS ein Thema?

- Durch die Kooperation mit der PDS in Berlin verlässt die SPD die politische Mitte und rückt nach links.
- Die PDS soll endgültig hoffähig gemacht werden. Berlin ist der Probelauf für ein rot-rotes Bündnis im Bund.
- Die Regierungsbeteiligung einer spätsozialistischen Partei, die in der Mauer eine friedenssichernde Maßnahme sieht und Konzerne und Banken verstaatlichen will, ist ein verheerendes Signal für die Wirtschaft.

II. Daten und Fakten zum Thema PDS

1. Die Ergebnisse der SPD-PDS-Bündnisse in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lassen das Allerschlimmste für die Zukunft Berlins befürchten:
 - Sachsen-Anhalt ist mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 10.700 DM in 2001 (Sachsen: 4.751 DM) und

mit einer Staatsschuldquote (Schulden/BIP) von 35 % bundesweit Rekordhalter; in Mecklenburg-Vorpommern wuchs die Pro-Kopf-Verschuldung seit Beginn der Regierungsbeteiligung der PDS 1998 bis heute um fast 1.425 DM an.

■ Gewerbean- und abmeldungen (Salden 2000 zu 1999): Sachsen-Anhalt: -970, Mecklenburg-Vorpommern: -400, Sachsen: +2.450, Thüringen: +920.

2. Die PDS ist in Mitgliederstruktur und Programmatik immer noch die alte SED:

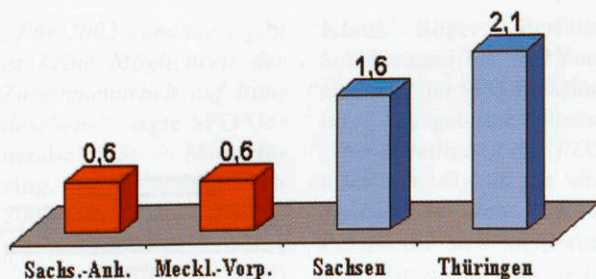
■ Altkader haben die Mehrheit: Nach Angaben von Gregor Gysi waren über 80% der

PDS-Mitglieder schon in der SED. Mitglieder der Kommunistischen Plattform erhalten auf Parteitagen bei Wahlen die Unterstützung von etwa einem Drittel der Delegierten.

■ Auszug aus dem Verfassungsschutzbericht 2000: „Auch wenn die Partei sich nach ihrem äußeren Erscheinungsbild nicht als marxistisch-leninistische Partei darstellt, bestehen doch weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen ...“

■ Die PDS arbeitet eng mit gewaltbereiten linksradikalen Gruppierungen wie der autonomen Antifa zusammen: Dazu gehört nicht nur

Reales Wachstum des BIP im Jahr 2000 (in %) in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen





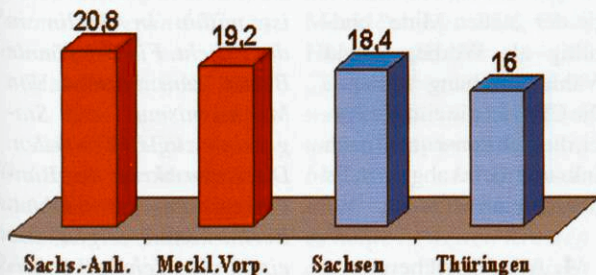
CDU
Es gibt nur eine Mitte.

* Schröders Bündnis „Neue Mitte“

„Wir sind weiter links Volkspartei, klar.“
Franz Münterfer, SPD-Gemeindevorsteher, 28.02.01, Frankfurter Rundschau
„Grüne Mittelstrecke steht nicht in der Mitte, sondern links.“
Claudia Roth, Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, 12.04.01, Stuttgarter Zeitung
„Wir sind eine sozialistische Partei.“
Gregor Gysi, PDS-Spitzenkandidat in Berlin, 14.10.00, Frankfurter Rundschau

Noch Fragen? www.cdu.de

Arbeitslosenquote im Mai 2001 in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen



die Anmeldung von Demonstrationen, bei denen es regelmäßig zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt (zuletzt in Berlin am 1. Mai), sonder auch finanzielle Unterstützung. So heißt es in einer auf dem Cottbusser Parteitag im Oktober 2000 verabschiedeten Resolution sinngemäß, es sei die Verantwortung der Partei, die Antifa materiell solidarisch zu unterstützen.

■ **Dieter Dehm**, stellv. PDS-Vors.: „Unser Fernziel ist, Konzerne wie DaimlerChrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.“; „Die sozialistische Transformation der Gesellschaft ist nach wie vor im Parteiprogramm verankert.“ (BILD, 14. Juni).

■ **Peter Porsch**, stellv. PDS-Vors.: „Die Mauer

hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Niemandem wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigten, ...“

(Sächsische Zeitung, 14. Juni)

III. Was sagt die SPD zum Thema PDS?

Müntefering: „Wer nach demokratischen Regeln ins Parlament kommt, der gehört dazu.“

(Süddeutsche Zeitung, 9. Juni)

„Für 2002 zumindest gibt es keine Möglichkeit der Zusammenarbeit auf Bundesebene“, sagte SPD-Generalsekretär **Müntefering**. Für die Wahlen nach 2006 gelte: „Ich weiß nicht, was bis dahin ist.“

(BILD, 19. Juni)

Müntefering: „Wir respektieren die PDS als eine Partei, die in dieser Demokratie angekommen ist.“ Diese Einschätzung tragen viele Sozialdemokraten nicht mit. **Reinhold Robbe**, Sprecher des Seeheimer Kreises: „Ich sehe keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der PDS. Die PDS hat bislang kein vernünftiges Bekenntnis zum Grundgesetz abgegeben.“

(Tagesspiegel, 12. Juni)

In einem Brief aus dem Wahlkampf 1999 hatte der Berliner SPD-Vorsitzende **Strieder** daran erinnert, dass die SPD und ihr damaliger Spitzenkandidat Momper „zum wiederholten Male eindeutig erklärt haben, dass ein Bündnis mit der PDS nicht in Frage kommt“. Wenn die SPD nun dennoch mit der PDS zusammenarbeite, werde dies „der größte Wahlbetrug der letzten 50 Jahre.“

(FAZ, 6. Juni)

Klaus Böger, Berliner Schulsenator, bis 1999 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus: „Die Beteiligung der PDS wäre ein Signal für die Spaltung der Stadt. ... Eine Partei, die sich nicht von dem distanziert, was sie in

der DDR mitzuverantworten hatte, ist in Berlin nicht kooperations-, handlungs- oder bündnisfähig.“ (Tagesspiegel, 28. Juli 1998)

IV. Welche Botschaft hat die CDU?

1. Dass die SPD es nicht kann, beweisen der katastrophale Zustand am Arbeitsmarkt, die einbrechende Konjunktur und die steigende Inflation. Dass es zusammen mit der PDS nur noch schlimmer werden kann, zeigt ein Blick nach Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, die die Schlusslichter bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland sind.

2. Die SPD verhöhnt die Opfer von Mauerbau und Stasiunterdrückung, wenn sie sich in Berlin ausgerechnet im 40. Jahr des Mauerbaus mit den SED-Nachfolgern verbündet. Damit bricht sie nicht nur ihre Wahlversprechen, sie verrät auch ihre eigene Geschichte von Kurt Schumacher bis Willi Brandt.

3. Die SPD strebt ein Linksbündnis mit den Grünen und der PDS an. Sie befürchtet zu Recht, dass es 2002 für Rot-Grün nicht

mehr reicht. Über Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ins Bundeskabinett – das ist der Fahrplan der SPD für die PDS. Damit wird die Strategie der „neuen Mitte“ endgültig als Werbegag und Wählertäuschung entlarvt. Die CDU ist die einzige Partei, die sich konsequent nach links und rechts abgrenzt. Es gibt nur eine Mitte.

4. Alle Versicherungen der SPD, eine Zusammenarbeit auf Bundesebene käme allenfalls erst 2006 in Frage, sind reine Wählertäuschung. Zur Erinnerung: Auch in Berlin haben die Sozialdemokraten im letzten Wahlkampf jegliche Zusammenarbeit mit der PDS ausgeschlossen. Schon heute kooperiert die SPD auch auf Bundesebene mit der PDS, etwa bei der Rente.

5. Die PDS hat keine Antwort auf Zukunftsfragen. Ihre Programmatik ist unverändert auf den Weg zurück in eine planwirtschaftlich orientierte Gesellschaftsordnung gerichtet. Sie wird nach wie vor vom Verfassungsschutz beobachtet und will nach ihrer aktuellen Programmatik Konzerne und Banken verstaatlichen.

V. Was sagt die Presse?

„Gerhard Schröder hat den Kollaps der Großen Koalition befördert und ist mithin in Berlin in der Pflicht. Für ihn könnte Berlin zum Symbol von Machtzynismus und Stagnation zugleich werden. Die Reformkraft der Bundesregierung ist erlahmt. Berlin könnte zeigen, wie eine linke Mehrheit scheitert, weil sie zu wenig ändert. Neubeginn in Berlin? Nein, nur ein fahler Sonnenuntergang und ein trüber Morgen.“

(Die Zeit 26, 21. Juni)

„Die PDS ist nicht nur linke Volkspartei im Osten, sie ist auch postkommunistische Kaderorganisation mit vielen Freunden der Mauer; und sie ist ostdeutscher Traditionsverein, dessen Mitglieder an der DDR vor allem zu kritisieren haben, dass sie untergegangen ist.“

(Südd. Zeitung, 15. Juni)

„Erstmals wird die PDS außerhalb ihres ostdeutschen Kerngebiets an einer Regierung beteiligt. Das ist ein Dammbbruch. ... Bedingungen wurden der Partei, die sich in der Tradition der SED sieht, keine aufer-

legt – weder eine eindeutige Distanzierung vom Mauerbau noch ein klares Bekenntnis zum politischen System des Westens. Sozialdemokraten sind als Partner in Berlin billig zu haben.“

(Handelsblatt, 18. Juni)

„Die PDS-SED, die vor 40 Jahren die Mauer gebaut, die Menschenrechte missachtet und den Osten Deutschlands ruiniert hat, darf sich als Retter aufspielen. Unsere Verbündeten, die gegen die Kommunisten für ein freies Berlin gekämpft haben, lesen staunend, was der SPD-Vorsitzende Schröder ausländischen Korrespondenten gesagt hat: Berlin sei kein Sonderfall, er werde eine Koalition mit der PDS akzeptieren.“

(Focus, 11. Juni)

„Die Sozialdemokraten haben die PDS aus der Quarantänestation geholt, haben ihr die letzten Pockennarben gepudert und sie für geheilt erklärt. [...] Die „Ausgrenzung ihrer Wähler“, so der einfühlsame Seelendoktor Müntefering, ist beendet.“

(taz, 18. Juni)

„Und die Öffnung gegenüber der PDS bleibt

eine Instinkt- und Charakterlosigkeit ...“

(Tagesspiegel, 16. Juni)

„Wir sind die Erben der SED“, hat unlängst Mecklenburgs PDS-Chef **Helmut Holter** gesagt. „Erben aber sind verantwortlich für die Schulden und die Schuld des Erblässers. ... In Deutschland, zumal in Berlin, ist es heute in weiten Kreisen der neuen Mitte politisch nicht korrekt, die PDS mit der SED in diesen sehr direkten Zusammenhang zu bringen.“

(Südd. Zeitung, 16. Juni)

„Die Berliner Sozialdemokraten verlangen von der PDS eine Entschuldigung für den Bau der Mauer. Nun ja. Das fällt ihnen ein wenig spät ein. ... Sie brauchen diese Entschuldigung um ihrer selbst willen, als öffentliche Legitimation für das Bündnis mit der PDS. Insofern sagt das mehr über die SPD als über die PDS.“

(Berliner Zeitung, 15. Juni)

„Ganz offenkundig versuchen die Sozialdemokraten in Berlin mit dieser Übergangsregierung eine Art Reinwaschung.“

(Berliner Zeitung, 16. Juni)

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Aktuelle „PDS“-Analysen

Stephan Eisel, Jutta Graf: Die PDS und die Bundestagswahl 2002; Reihe: Parteienmonitor; St. Augustin 2001.

Viola Neu: Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen; Reihe: Zukunftsforschung Politik Nr. 10; St. Augustin 2000.

Viola Neu: Politikkompass. Das Rennen der kleinen Parteien; Arbeitspapier Nr. 26; St. Augustin 2001.

Bezugsadresse:

Konrad-Adenauer-Stiftung

Rathausalle 12

53757 St. Augustin

oder als download unter: www.kas.de



Beirat „Bio- und Gentechnologie“ berufen

Aufgabe der Politik muss es sein, Grenzen einer verantwortbaren Forschung und Nutzung der Bio- und Gentechnologie zu definieren.

Da sich der Geschäftsführende Fraktionsvorstand darüber im Klaren ist, dass die Politik diese Aufgabe nicht alleine bewältigen kann, hat er beschlossen, einen Wissenschaftlichen Beirat „Bio- und Gentechnologie“ einzurichten. Dieses Gremium ist Ausdruck eines fundierten gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Dialogs, der auf blindem Fortschritts-optimismus ebenso verzichtet wie auf irrationale Technikfeindlichkeit. Es hat die Aufgabe, der Fraktion bei der Vorbereitung politischer Positionen und anstehender Initiativen be-

ratend zu Seite zu stehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diesen Beirat bewusst im Parlament angesiedelt, da sie die Auffassung vertritt, dass die erforderliche Debatte über die Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie nicht an Beiräte oder an andere, außerhalb des Parlaments angesiedelte, Gremien delegiert, sondern im „Forum der Nation“ geführt werden muss.

Der Fraktionsvorsitzende **Friedrich Merz** zeigte sich sehr erfreut darüber, dass sich Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlich relevanten Gruppen bereit erklärt haben, sich den anstehenden Herausforderungen gemeinsam mit der Fraktion zu stellen. Dem Gremium gehören an: ■ Oberkirchenrätin Dr. Renate

Knüppel (Vertreterin der Evangelischen Kirche) ■ Professor Dr. Johannes Reiter (Vertreter der Katholischen Kirche) ■ PD Dr. Anna M. Wobus (Institut der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz) ■ Dr. Friedrich von Bohlen und Halbach, („Lion-BioScience“) ■ Professor Dr. Axel W. Bauer, (Dozent für Medizin- und Bioethik) ■ Professor Dr. Lothar Willmitzer (Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie) ■ Professor Dr. Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichts a.D. ■ Professor Dr. Ursel Theile, (Genetische Beratungsstelle des Landes Rheinland-Pfalz) ■ Frau Maren Müller-Erichsen, (Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung)

Elektronischer Geschäftsverkehr

■ Die Bundesregierung schädigt den IT-Standort Deutschland durch eine völlig unzureichende Umsetzung der E-commerce-Richtlinie der Europäischen Kommission.

Während die Richtlinie gewährleisten will, „dass der elektronische Geschäftsverkehr die Chancen des Binnenmarktes voll nutzen kann“, behindert die Bundesregierung genau diese wünschenswerte Entwicklung durch das „Gesetz über

rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr“ (EGG), beklagt die Internet-Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. **Martina Krogmann**. Die sachlichen Mängel, insbesondere zu erwartende

Rechtsunsicherheiten und langwierige Prüfungsverfahren, sind evident. Deshalb darf der vorliegende Entwurf des EGG so keinesfalls bestehen bleiben. Gerade kleine und mittlere Unternehmen würden durch dieses Gesetz und die ihm innewohnende Rechtsunsicherheit erhebliche Standortnachteile haben: Kein kleineres oder mittelständisches Unternehmen kann ohne horrende Kosten das rechtliche Risiko abschätzen.

Kahlschlag beim Spitzensport

■ Der Stellenwert des Spitzensports tendiert in Deutschland bei dieser Bundesregierung gegen Null. Dies macht der Haushaltsentwurf 2002 deutlich: Steigt der Gesamthaushalt des Bundes um 1,6 %, so wird beim Spitzensport um rd. 12 % gekürzt. Besonders gravierend sind die Kürzungen im Bereich der Investitionen. Zentrale Maßnahmen werden um 6 Mio auf 135 Mio DM gekürzt und Investitionen werden von 70 Mio (2000) auf 35 Mio (2002) halbiert. Dieser Haushaltsansatz ist ein Schlag ins Gesicht der Athleten, Trainer und Betreuer und darf nicht umgesetzt werden. Die Sportpolitiker

von Rot/Grün müssen bei den Haushaltsberatungen Farbe bekennen, forderte der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Klaus Riegert**.

Finanzbetrug an den Gemeinden

■ Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Peter Götz**: „Seit dem Regierungsantritt bürdet die Regierung Schröder den Städten, Gemeinden und Kreisen immer mehr Aufgaben durch Bundesgesetze (das Kindergeld, die Rentenreform, die Alterssicherung) auf“. Die CDU will bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene und keine Gängelei und Bevormundung durch den Staat. Deshalb fordert die CDU die notwendige finanzielle Ausstattung der Kommunen. Es muss Schluss sein mit dem ständigen Verschiebebahnhof zulasten kommunaler Haushalte.

Drogenkonzept nicht vorhanden

■ Nach der jüngsten Studie zum Drogenkonsumverhalten Jugendlicher und Erwachsener haben in den letzten Jahren immer mehr junge Menschen schon einmal illegale Drogen und jeder vierte Jugendliche in seinem Leben bereits Rausch-

gift genommen. Vor allem im Hinblick auf die dramatische Zunahme des Ecstasy-Konsums lässt die Bundesregierung ein schlüssiges Konzept vermissen. **Ursula Heinen**, Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Diese Ergebnisse dokumentieren jedenfalls eines sehr deutlich: Die Bundesregierung muss ihre Drogenpolitik gründlich überdenken und realistische Konzepte umsetzen.“

Beste Schutz vor Armut: Erwerbstätigkeit

■ Der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Peter Weiß**, kritisiert, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsberichts, den sie für teures Geld hat erstellen lassen, zu ziehen. Vielmehr sei die rot-grüne Politik realitätsfern. Die Kindergelderhöhung wird den Familien durch Ökosteuernerhöhung und die Inflation gleich wieder aus der Tasche gezogen. Deshalb haben CDU und CSU das Konzept „Arbeit für alle. Wege zu einer neuen Solidarität.“ vorgelegt. Dieses Konzept entspricht dem Ansatz der nationalen Armutskonferenz, dass Erwerbstätigkeit der beste Schutz vor Armut ist.

Atomgesetznovelle – eine Bewertung

Die Vereinbarung über die Laufzeiten der Kernkraftwerke, die Anfang Juni zwischen den Energieversorgungsunternehmen und der rot-grünen Bundesregierung unterzeichnet wurde, bewertet der Vorsitzende der Enquete-Kommission 'Nachhaltige Energieversorgung' Kurt-Dieter Grill wie folgt:



1. Der Vertrag zwischen der Bundesregierung und den Unternehmen ist kein Energiekonsens.

Er ist ein unter Drohungen der Bundesregierung erzwungener Kompromiß. Die Bundesregierung hat keinen gesellschaftlichen oder politischen Konsens gesucht. Im Gegenteil, sie hat den seit 1979 geltenden Entsorgungskonsens zwischen Bund und Ländern aufgekündigt.

Die Streichung des Förderzweckes wird durch einen gesetzlich gesicherten Anspruch auf Betrieb der Kernkraftwerke ersetzt. Dieser Ansatz geht weiter als der bisherige Zweck der Förderung, (die Förderung der Kernenergie war seit dem Regierungswechsel 1983 kontinuierlich, bis auf die notwendige staatliche Sicherheitsforschung, zurückgefahren worden). Die

Vorwürfe gegen die Politik der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung werden durch die Texte und die Novelle konterkariert.

2. Die Vereinbarung und die Novelle zum Atomgesetz sind in zentralen Punkten eine klare Absage an die Koalitionsvereinbarung. Sie widerlegt eindeutig zentrale Argumente des Bundesumweltministers:

■ Es gibt keine Neubewertung des Restrisikos. Den deutschen Kernkraftwerken wird ein hoher Sicherheitsstandard bescheinigt. Negative „Erfahrungen“ anderer führen in Deutschland zum Ausstieg.

■ Der Vorwurf der kriminellen Abfallschieberei im Zusammenhang mit der ausländischen Wiederaufarbeitung ist vom Tisch. Die Wiederaufarbeitung wird bis 2005 fortgesetzt. Der Verwertungsnachweis für das Pluto-

nium wird von der Bundesregierung anerkannt. Die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Verträge mit Frankreich und England ist akzeptiert.

■ Das bisherige Entsorgungskonzept ist nicht gescheitert. Die Pilotkonditionierungsanlage wird ebenso genehmigt wie das Endlager „Schacht Konrad“. Das Zwischenlager Gorleben wird weiter genutzt. Die Eignung des Salzstockes Gorleben wird nicht in Zweifel gezogen. Zur Abwehr von Anträgen privater Dritter zum Abbau des Salzes in Gorleben wird eine Veränderungssperre erlassen. Damit ist das Moratorium ein Farce. Die Bundesregierung verschiebt so die Verantwortung für die Endlagersuche nur auf kommende Generationen. Die Bundesregierung verspielt die Vorreiterrolle Deutschlands in der Entsorgungs- und Endlagerfrage.

3. Rot-Grün hat bis heute kein Energiekonzept vorgelegt, daß die zentralen Fragen nach der Konsequenz für Energie- und Klimapolitik beantwortet.

Die Vereinbarung ist der Ausstieg aus aktiver Klimaschutzpolitik. Die CO₂-Pro-

blematik wird sich in den nächsten Jahren deutlich verschärfen, wenn zunehmend die „CO₂-freie“ Stromerzeugung aus Kernkraft wegfällt. Dieser Anteil kann weder durch Energiesparen noch durch erneuerbare Energien wettgemacht werden. Die Grundlastversorgung, die bislang Kernkraftwerke liefern, kann nur durch Kohle- oder Gaskraftwerke, die wiederum CO₂ ausstoßen, ersetzt werden. Der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister haben dieses öffentlich bestätigt. Die Vereinbarung verstärkt zudem die Abhängigkeit Deutschlands von importierten fossilen Brennstoffen.

4. Die Vereinbarung ist der Ausstieg Deutschlands aus der europäischen und internationalen Entwicklung. Dadurch, dass Deutschland in den nächsten Jahren zunehmend als Kernenergiestandort auscheiden soll, geht der deutsche Sicherheitsmaßstab als Schrittmacher und Motor bei der Entwicklung fehlerververziehender Sicherheitssysteme zur Vermeidung von Kernschmelzen und Umsetzung neuester Kernertechnologie verloren. Auf die sicherheitstechnischen Verbesserungen der Kernkraftwerke in Mittel- und Osteuropa kann

kein Einfluß mehr genommen werden, was gleichzeitig sehr stark deutsche Interessen gefährdet.

5. Die Vereinbarung verletzt die Rechte der Länder und des Parlaments. Sie ist die bewusste Aufgabe des seit 1979 praktizierten Entsorgungskonsenses von Bund und Ländern. Bundesregierung und Unternehmen

■ mißachten die nach Art 85 GG verfassungsrechtlich gesicherten Rechte der Länder
 ■ setzen Parlamentsrechte außer Kraft, weil der Gesetzesentwurf quasi mit einem Veränderungsverbot im Parlament eingebracht wird.

Schröder legt damit die Koalitionsfraktionen lahm.

6. Die Unternehmen verzichten auf Schadensersatzforderungen gegen das Land Niedersachsen. Die Vereinbarung beinhaltet auch den Verzicht der Energieversorgungsunternehmen auf ca. 50 Mio. DM Schadensersatzansprüchen des Bundes gegenüber Niedersachsen, die durch rechtswidrige Handlungen der niedersächsischen Umweltministerin Griefahn unter Duldung von Ministerpräsident Schröder zustande gekommen sind. Die 50 Mio. DM zahlt nun der Verbraucher.

ANGELA MERKEL:

Gedenktag für Vertriebene

Ich unterstütze ausdrücklich die Forderung, den 5. August alljährlich als nationalen Gedenktag für die deutschen Opfer von Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit zu begehen.

In der Charta der Heimatvertriebenen, die am 5. August 1950 unterzeichnet wurde, haben die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung die Vision eines vereinten Europas proklamiert und sich für die Grundsätze Freiheit, Demokratie, Men-

schenrechte und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa eingesetzt. Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist damit zu einer großen historischen Leistung geworden, die in entscheidender Weise zur Stabilität im Innern und nach außen beigetragen hat.

Der 5. August ist daher für alle Deutschen der geeignete Tag dafür, im Gedenken an das Schicksal der Heimatvertriebenen den Blick in eine versöhnte europäische Zukunft zu richten.

Der deutsche Film hat eine **Chance**

Anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises hatte die CDU in Berlin zu einem Filmempfang geladen. Als besonderen Gastredner begrüßte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel den renommierten Regisseur und „Oscar“-Preis-träger Volker Schlöndorff.

In ihrer Begrüßungsansprache appellierte die CDU-Vorsitzende an die Filmemacher in Deutschland, die Identität des deutschen Films ungeachtet des harten Wettbewerbs mit Hollywood „ganz bewusst“ herauszuarbeiten. Gerade die Globalisierung werde das „Bedürfnis der Menschen nach Identität“ steigern. Wenn es also „hinreichend gute Produzenten, Filmemacher, Ideen, Bücher und Vorlagen“ gebe, habe der deutsche Film eine Chance. „Das Publikum wird es Ihnen danken“, unterstrich Merkel. Aufgabe der Politik müsse es deshalb sein, adäquate wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, forderte die Parteivorsitzende.

Ausdrücklich dankte Volker Schlöndorff der CDU-Vorsitzenden für ihr jahrelanges Engagement für die Filmstudios in Potsdam-Babelsberg. Angela Merkel hätte ei-

nen nicht zu unterschätzen den Beitrag geleistet, dass wieder politischer Wille spürbar sein, den deutschen Film zu unterstützen.

Der Sprecher für Filmpolitik der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann, erklärte als Zielvorgabe, dass der deutsche Film seinen Marktanteil von 10 – 20 % in deutschen Kinos halten und ausbauen müsse.

Deutsche Filmkultur

Der deutsche Film werde mit Hollywood in der Quantität auf den internationalen Märkten nicht konkurrieren können. Die Dominanz des amerikanischen Films hätte aber primär filmunspezifische Ursachen, die mit dem riesigen Markt für englischsprachige Filme und entsprechend höherem Kapital zusammenhängen. Wenn aber wie in Deutschland – durchschnittlich nur 7 Mio. DM für einen Film zur Verfügung stehen würden, in Amerika dagegen 50 Mio. Dollar, werde der ungleiche Wettbewerb deutlich. Deshalb könne man den deutschen Film aber nicht schlecht reden. Er komme ge-

rade aus der Sitzung der Jury zur Verleihung des Deutschen Filmpreises 2001, sagte Bernd Neumann, und deshalb könne er mit Überzeugung sagen: „Wir haben ausgezeichnete deutsche Filme, hoch begabte Regisseure, Drehbuchautoren, Schauspieler, Kameraleute, die von der Qualität, also von kulturellen und filmischen Ansprüchen her, im Vergleich mit Frankreich, Italien, aber auch USA voll mithalten können.“ Aus diesem Grund freue er sich, dass der international bekannte Regisseur Volker Schlöndorff an diesem Tage bei der CDU zu Gast sei.

„Die öffentliche Förderung deutscher Filme ist unverzichtbar“, betonte der CDU-Sprecher für Filmpolitik. Allerdings müsse sie noch „gezielter“ erfolgen. Zugleich machte Bernd Neumann deutlich, dass die Filmförderung der Länder durch Forderungen nach mehr Zentralismus nicht gefährdet werden dürfe. Bernd Neumann wies darauf hin, dass unabhängige Produzenten unverzichtbar seien für Kreativität, Innovation und kulturelle Qualität. Deshalb müsse dem Trend, dass immer mehr

Produzenten in „die uneingeschränkte Abhängigkeit des Fernsehens geraten“ würden, politisch entgegengewirkt werden.

Die primäre Verantwortung für den Film liege aber bei der Filmwirtschaft und den Filmschaffenden selbst, machte Bernd Neumann deutlich. Die Politik ihrerseits muss vernünftige Rahmenbedingungen für den Film schaffen. Hier hat die Bundesregierung im Hinblick auf die Vereinbarungen im Bündnis für den Film ihre Hausaufgaben noch nicht erledigt.

Filmpolitische Position

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe deshalb bereits im letzten Jahr einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der zwar dort andiskutiert, aber noch nicht beschlossen werden konnte und aufgrund des Ministerwechsels erneut vertagt wurde. Für die CDU sind sechs Punkte von besonderer Bedeutung:

1) Die öffentliche Förderung deutscher Filme ist unverzichtbar. Dies ist gesellschaftspolitisch uneingeschränkt vertretbar, denn der Kinofilm ist ein wichtiges öffentliches Kulturgut. Die Filmförderung darf durch Forderungen aus dem Regie-



rungslager nach Kulturzentralismus nicht gefährdet werden.

2) Schutz und Förderung des Films als nationales Kulturgut darf durch EU-Bürokratie nicht eingeschränkt werden.

3) Unverzichtbar für Kreativität, Innovation und kulturelle Qualität sind unabhängige Produzenten. Die CDU halte wenig von dem Vorschlag, feste Quoten für unabhängige Produzenten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzuführen. Es ist aber zu überlegen, ob die Produzenten nicht generell an der Rechteverwertung ihrer Produktionen beteiligt werden.

4) Der Regierungsentwurf zum Urhebervertragsrecht verschlechtert die Rechtsposition und damit die wirtschaftliche Lage der Filmproduzenten, ohne dass die Lage der Urheber und ausübenden

Künstler verbessert wird. Die CDU wird diese Regelungen zu verhindern suchen.

5) Der kürzlich in Kraft getretene sogenannte „Medienerlass“ des Finanzministers zur steuerlichen Behandlung von Filmfonds hat fatale Folgen für internationale Koproduktionen. Grenzüberschreitende Koproduktionen werden erschwert und konterkarieren die Bemühungen, deutsche Filme im Ausland wettbewerbsfähig zu machen. Der Kulturstaatsminister muss hier eine Änderung herbeiführen.

6) Die Reformdiskussion über die Export-Union des deutschen Films muss ergebnisorientiert abgeschlossen werden. Der beste Beitrag der Bundesregierung wäre eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel, um die Arbeit der Export-Union im Ausland zu stärken.

Er ist endlich da – unser neuer Canvassing-Stand

Er ist ohne Gestaltung – ganz in Weiß
Ob DIN A1-Plakate oder Logo-Aufkleber,
alles kann gut an diesem Stand angebracht
werden.

Preis · Ausführung · Lieferbedingen,
siehe Bestellschein rechts

Gleich mitbestellen für Ihren Canvassingstand!

Auf dem neuen CDU-Logo-Bogen finden Sie
für jedes Format die passende Logo-Größe.

(ohne Abbildung, diese erscheint im nächsten UID)

Bestell-Nr.: 0546

Preis je Rolle: 29,00 DM

(14,83 EURO)



CANVASSING-STAND

Bestellschein

- Außenwerbemittel -

--	--	--	--

CDU-Bundesgeschäftsstelle
HA Öffentlichkeitsarbeit
Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

Fax: 030/220 70-389

Absender / KV-Nr.

Rechnungsanschrift

.....
 CDU-Verband
 Ansprechpartner
 Straße
 PLZ, Ort
 Tel.-Nr.

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

.....
 CDU-Verband
 Ansprechpartner
 Straße
 PLZ, Ort
 Tel.-Nr.

WICHTIGER HINWEIS!

Ab sofort
ist der neue Canvassing-Stand
lieferbar.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

MENGE	ARTIKEL	EINZELPREIS	GESAMTPREIS
	Canvassing-Stand aus witterungsbeständigen Kunststoff • bestehend aus Vorderfront und 2 Seitenteilen – faltbar • Thekenplatte mit 2 Bohrlöchern / wahlweise für Aufsatz-Panel oder CDU-Sonnenschirm • 2 Einlegeböden mit je 2 Bohrlöchern Außenmasse: Breite 0,79 m x Höhe 0,90 m x Tiefe 0,49 m	245,00 DM	
	Aufsatz-Panel Panel aus Kunststoff und 6-teilige Haltestangen	72,00 DM	
	Tragetasche aus schwarzen Nylon und rundumlaufenden Reißverschluss für den kompletten Stand inkl. Aufsatz	89,00 DM	

- alle Preise zzgl. MwSt.
- für Handling und Lagerung zzgl. 10,00 DM pro Bestellung
- Normalversand (innerhalb einer Woche) zzgl. ca. 15,00 DM
- Eilversand (über Nacht) zzgl. ca. 30,00 DM

.....
Datum

.....
Unterschrift

Der EURO kommt!

Mit dem neuen Malbuch können Kinder den EURO spielerisch kennenlernen.

Auf 12 Seiten sind alle Länder abgebildet, die mit Jahresbeginn 2002 den EURO einführen.



Euro-Malbuch DIN A5

Bestell-Nr. **9744**

Preis je 25 Expl.: 22,00 DM
(11,25 EURO)



Rückseite

Gleich mitbestellen!



Die CDU-Buntstifte mit intensiver Farbkraft

Bruch-, Wisch- und Wasserfest
mit jeweils 6 Buntstiften

Bestell-Nr. **9250**

Preis je 10 Schachteln: 34,00 DM
(17,38 EURO)

UD

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



**dass SIE UNS IM
URLAUB JA NICHT
ROT WERDEN!**

Schöne Ferien!



CDU
mitten im Leben.

Sommerplakat „Schöne Ferien“

DIN A0 Bestell-Nr. **7668**

Preis je 50 Expl.: 60,00 DM
(30,68 EURO)

DIN A1 Bestell-Nr. **7667**

Preis je 50 Expl.: 30,00 DM
(15,34 EURO)

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen